

52. Jahrgang

² Die Steigerung der Braunkohlenförderung geht mit einer Verschlechterung der Kohlequalität einher. „Heizwerte um 7000 kJ/kg sind bereits heute keine Seltenheit mehr. Zukünftig muß mit dem Einsatz auch solcher Braunkohle gerechnet werden, deren ... Heizwert auf etwa 6000 kJ/kg absinken kann.“ Vgl. Günter Neumann, Karl-Heinz Nicko, Hans-Günter Weidlich: Entaschungsanlagen großer Kraftwerke unter den Bedingungen steigenden Aschegehaltes der Braunkohlen und volkswirtschaftliche Nutzung der Abprodukte. In: Energietechnik. Heft 12/1984, S. 448. In der Energiebilanz der DDR wird mit einem Heizwert von 8900 kJ je Kilo Rohbraunkohle gerechnet.

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR

Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH*)

	1981 1985 ¹⁾	1981	1982	1983	1984		1985
	Plan	Ist			Plan	Ist	Plan
<u>Produziertes Nationaleinkommen</u>	5,1	4,8	2,6	4,4	4,4	5,5	4,4
<u>Primärenergieverbrauch in der Volkswirtschaft</u>	.	0,3	-1,8	-0,1	.	4-5	.
<u>dar.:</u> Rohbraunkohle	.	3,5	2,2	1,5	.	6	.
Industrie							
Warenproduktion	5,1	2) 5,5	2) 3,7	2) 3,9	3,6	4,2	3,8
<u>dar.:</u> im Bereich der Industrieministerien	5,5	5,9	4,3	4,6	4,2	4,5	4,3
Nettoproduktion (Industrieministerien)		3) 7	3) 5,6	3) 7,1	5) 8,0	6) 8,5	8,0
Arbeitsproduktivität (Basis Warenprod.)	5,2	4) 4,2	4) 2,6	4) 3,4	5) 3,5	6) 5	.
Arbeitsproduktivität (Basis Nettoprod.) 5)	.	.	.	5,8	7,3	7,7	7,1
Bauwirtschaft							
Bauproduktion der Volkswirtschaft	3,4	3) 4,0	3) 2,9	3) 3,1	7) 2,1	2,5	7) 3,4
Fertiggestellte Wohnungen) in	188,0	185,4	187,1	197,2	197,2	207,0	203,1
<u>davon:</u> Neubau) 1 000	120,0	125,7	122,4	122,6	117,6	121,7	117,6
Modernisierung) Wohn.	68,0	59,6	64,6	74,6	79,7	85,4	85,6
Landwirtschaft							
Bruttobodenproduktion ⁸⁾	9) 2,2	0,9	-1,7	0,6	10) 8	11) 14	12) -5
Tierische Marktproduktion ¹³⁾	9) 0,9	2,8	-6,6	2,7	14) 1,8	11) 6,5	14) 0,6
Getreideernte (Mill.t)	15) 10	8,9	10,0	10,1	10,5	11,5	17) 10,7
Viehbestand, insgesamt ¹⁶⁾	.	0,6	-2,1	3,0	.	1,6	.
Binnenverkehr¹⁸⁾							
Gütertransportmenge	.	-3,2	-7,3	-2,2	.	-1	.
<u>dar.:</u> Eisenbahn	.	1,2	2,3	1,0	2,3	4,1	.
Binnenschifffahrt	.	1,9	1,2	3,8	10,2	6,4	.
Straßenverkehr	.	-5,1	-12,3	-3,9	.	-4	.
Gütertransportleistung	.	-2,1	-6,7	-0,3	.	11) -4,7	.
<u>dar.:</u> Eisenbahn	.	-1,1	-3,1	1,6	.	3,7	2,9
Binnenschifffahrt	.	9,3	-2,9	5,9	.		8,7
Straßenverkehr	.	-5,2	-18,5	-5,3	.	11) -9	.
Einzelhandel Umsatz¹⁹⁾	3,7	2,5	1,0	0,7	2,2	4,1	4,0
<u>davon:</u> Nahrungs- und Genußmittel	< 3,7	2,9	2,1	1,6	.	3,2	.
Industriewaren	> 3,7	2,1	-0,1	-0,1	.	5,0	.
Außenhandel, Umsatz¹⁹⁾²⁰⁾	.	10,7	9,2	10,6	5,0	8,0	8,0
<u>davon:</u> Einfuhr	.	6,4	4,3	9,0	.	9,5	.
Ausfuhr	.	15,4	14,1	12,0	.	6,6	.
Saldo (in Mrd. Valuta-Mark)	.	-1,1	+5,4	+8,0	.	+6,4	.
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung²¹⁾	3,7	3,2	2,8	2,2	2,2	3,9	4,0
Investitionen, insgesamt²²⁾	23) -2,1	2,7	-5,2	-0,0	24) .	25) -5	26) 0

*) Soweit nicht anders angemerkt: realer Zuwachs.

1) Fünfjahresdurchschnitt.- 2) Errechnet aus monatlichen Indexangaben; tatsächliches Ist, d.h. unter Rückrechnung der offiziellen - arbeits-täglich bereinigten - Angaben.- 3) Aus Indexangaben errechnet.- 4) Errechnet aus dem Index der industriellen Bruttoproduktion je Arbeiter und Angestellter.- 5) Im Bereich der Industrieministerien.- 6) In der Volkswirtschaft.- 7) Im Bereich des Ministeriums für Bauwesen.- 8) Gesamtheit der pflanzlichen Erzeugung; ermittelt unter Zugrundelegung des Getreide-Einheiten-(GE)-Schlüssels der DDR.- 9) Durchschnittliche jährliche Zuwachsrates ausgehend vom Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980 im Hinblick auf das geplante Volumen des Jahres 1985.- 10) Geschätzt anhand eines geplanten durchschnittlichen Hektarertrages von 45,1 dt GE.- 11) Vorläufige Berechnung.- 12) Geschätzt anhand eines geplanten durchschnittlichen Hektarertrages von 46,3 dt GE.- 13) Summe des staatlichen Aufkommens an Schlachtvieh, Milch, Eiern und Wolle; bewertet in GE nach dem GE-Schlüssel der DDR.- 14) Mengenmäßige Planung.- 15) Im Fünfjahresplan genannte Planzahl für 1985.- 16) Auf der Basis von Großvieheinheiten (GV); ermittelt unter Zugrundelegung des GV-Schlüssels der DDR; Stand Jahresende bzw. 30.11.- 17) Geplant sind stabile Tierbestände.- 18) Ohne Seeschifffahrt und zivile Luftfahrt.- 19) Jeweilige Preise.- 20) Einschließlich innerdeutscher Handel.- 21) Nominal.- 22) Ohne Generalreparaturen und Auslandsbeteiligungen; konstante Preise des Jahres 1980.- 23) Unter Berücksichtigung eines geplanten Gesamtvolumens von 256 Mrd.Mark.- 24) Der im Volkswirtschaftsplan 1984 angeführte Wert von 49 Mrd. Mark enthält vermutlich nicht die Investitionen, die aufgrund geltender Rechtsvorschriften zusätzlich über die staatlichen Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes hinaus durchgeführt werden können.- 25) Das im Erfüllungsbericht genannte Volumen von 56 Mrd. Mark dürfte zu 80er Preisen gerechnet lediglich eine Höhe von gut 50 Mrd. Mark erreichen.- 26) Der geplante Investitionsumfang von 56 Mrd. Mark erreicht - zu konstanten Preisen umgerechnet - vermutlich knapp die Höhe des Vorjahresvolumens.-

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1984; Statistical indicators of short term economic changes in ECE countries, Genf; Volkswirtschaftspläne (zuletzt: GBl. der DDR, Teil I/1984, Nr. 32); Planerfüllungsberichte (zuletzt: Neues Deutschland vom 19./20.Januar 1985, S. 3 ff.); Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Der spezifische Energieverbrauch der Volkswirtschaft ist infolgedessen nur geringfügig (um weniger als 1 vH) gesunken. Für den gesamten spezifischen Produktionsverbrauch (Energie, alle anderen Vorleistungen und Abschreibungen) wird ein Rückgang von 3 vH gemeldet.

Die gesamte Einsparung schlägt sich in der Differenz zwischen der Entwicklung von Bruttoproduktion und Nettoproduktion (= Bruttoproduktion abzüglich Materialverbrauch und Abschreibungen) nieder. Für die Betriebe im Bereich der Industrieministerien wird angegeben, daß die industrielle Warenproduktion (entspricht etwa der Bruttoproduktion) um 4,5 vH gestiegen ist, die Nettoproduktion dagegen um 8,5 vH. Der Zusammenhang zwischen den beiden Zuwachsraten wird deutlich, wenn man den hohen Anteil des Produktionsverbrauchs (63 vH im Jahr 1983) in die Betrachtung einbezieht. Schematisch ergibt sich dann (in vH):

	Anteil	Steigerung
Warenproduktion	100	104,5
– Nettoproduktion	37	108,5
= Produktionsverbrauch	63	102,1

Denkbar ist allerdings, daß die Entwicklung im Jahr 1984 nicht ganz frei von Preiseinflüssen gewesen ist, obwohl Nationaleinkommen und Industrieproduktion generell zu „vergleichbaren Preisen“ abgerechnet werden. In der DDR läuft seit einiger Zeit eine intensive Kampagne zur Einführung neuer Produkte. Der „Erneuerungsgrad“ der Produktion ist seit 1983 eine Planaufgabe (= verbindliche Plankennziffer)³. Bei neuen Produkten haben die Betriebe allerdings die Möglichkeit der ungerechtfertigten Kostenzurechnung. Außerdem wird mit der Kalkulationsrichtlinie, die am 1. Januar 1984 in Kraft getreten ist, zur Stimulierung der Produktion neuer Erzeugnisse ein — zeitlich befristeter — Extragewinn gewährt. Extragewinne gibt es auch für Exquisit- und Delikaterzeugnisse, andere hochwertige Konsumgüter sowie für Ersatzteile. Der Gewinnzuschlag für Ersatzteile beträgt 50 vH des sonst kalkulierten Gewinns; bei den anderen Erzeugnissen werden die Zuschläge in differenzierter Höhe staatlich festgesetzt. Im Planerfüllungsbericht wird hervorgehoben, daß im Bereich der Industrieministerien der Anteil neuer Produkte 21 vH erreicht hat. Es ist nicht auszuschließen, daß diese mit ihren Gewinnzuschlägen in die Abrechnung der Produktion eingegangen sind, da es dafür keine „vergleichbaren Preise“ gibt. Dies tangiert die Bruttoproduktion und in besonderem Maß die Nettoproduktion, die nur aus Löhnen und Gewinnen besteht⁴.

Die Kennziffer Nettoproduktion ist ohnehin ein kompliziertes Instrument. Sie ist in Planung und Abrechnung schwer zu beherrschen, reagiert stark auf Veränderungen im Produktionssortiment und gibt vermutlich den Betrieben gewisse Manipulationsmöglichkeiten. Muß darüber hinaus mit den beschriebenen Preiseffekten gerechnet werden, wird ihre Aussagekraft noch stärker beein-

trächtigt. Nach alledem ist die Mitteilung im Planerfüllungsbericht kaum verwunderlich, daß von den 133 zentralgeleiteten Kombinat 132 die Pläne der Nettoproduktion überboten haben; das gleiche wird über alle Bezirke berichtet. Parallel dazu ist auch der Plan für die industrielle Warenproduktion erfüllt worden. Lediglich der Kreis der Betriebe, die alle vier Hauptkennziffern der Leistungsbewertung (Nettoproduktion, Nettogewinn, Erzeugnisse und Leistungen für die Bevölkerung, Export) erfüllt haben, scheint noch klein zu sein.

Bemerkenswert ist dabei eine Akzentverschiebung in der offiziellen Diskussion der DDR. Nachdem zu Beginn der achtziger Jahre das „qualitative Wachstum“ an die erste Stelle gerückt war und die „Intensivierungsstrategie“ mit vielen substanziellen Änderungen im Wirtschaftsmechanismus forciert worden ist, wird nunmehr wieder auf die Notwendigkeit auch eines quantitativen Wachstums verwiesen. So wird betont, daß es nicht lediglich um die Senkung des Produktionsverbrauchs und die Einsparung an Arbeitskräften gehe, sondern darum, auf diese Weise ein dynamisches Wachstum zu sichern⁵. Damit steht vermutlich im Zusammenhang, daß im Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK der SED erwähnt wird, daß auf dem Gebiet der Kennziffern „weiter gearbeitet“ wird⁶.

Entwicklung in den produzierenden Bereichen

In der Industrieberichterstattung der DDR ist Kontinuität und Vergleichbarkeit inzwischen völlig verloren gegangen. Der Volkswirtschaftsplan für 1984 hatte die Planung der Industriebereiche auf die Kennziffer industrielle Warenproduktion abgestellt; im Planungserfüllungsbericht wird der Zuwachs der Nettoproduktion nachgewiesen. Die geschilderten Probleme dieser Kennziffer machen eine Beurteilung schwer. Die Entwicklung der industriellen Warenproduktion wird noch in der monatlichen Berichterstattung der Europäischen Wirtschafts-

³ Vgl. Anordnung Nr. 3 über die Ergänzung der Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1981 bis 1985. GBl. der DDR, 1982, Teil I, Nr. 18, S. 365 ff.

⁴ Anders ist die Sachlage vermutlich beim „Beitrag für gesellschaftliche Fonds“, der seit Anfang 1984 von den Industriebetrieben erhoben wird. Der Beitrag wird bei neu in die Produktion aufzunehmenden Erzeugnissen als Bestandteil der Kosten kalkuliert; bei den traditionellen Erzeugnissen wird er erst mit künftigen Änderungen der Industriepreise kostenwirksam. Die bisher vorliegenden Erläuterungen deuten darauf hin, daß die Abgabe den Gewinn reduziert oder durch einen „Erlöszuschlag“ aufgefangen wird.

⁵ Vgl. Otto Reinhold (Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED): Unsere Ökonomie in der Gesellschaftskonzeption des entwickelten Sozialismus. In: Einheit. Heft 1/1985, S. 7 ff.

⁶ Vgl. Neues Deutschland vom 23. November 1984, S.3.

Industrielle Warenproduktion¹⁾
Zuwachs gegenüber der Vorjahrszeit in vH

	Jahr		Jan.-Sept.		
	1982	1983	1982	1983	1984
Energie- und Brennstoffindustrie	3,1	3,9	3,8	4,0	4,4
Chemische Industrie	5,3	2,9	4,1	3,8	2,5
Metallurgie	3,3	2,9	2,6	4,0	1,6
Baumaterialienindustrie	-1,0	0,4	-2,1	1,0	2,0
Wasserwirtschaft	3,7	-0,4	3,7	1,9	-1,2
Maschinen- und Fahrzeugbau	4,4	3,8	4,4	4,8	3,3
Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau	7,1	8,7	7,0	9,1	7,8
Leichtindustrie	2,9	2,5	2,1	3,4	3,1
Textilindustrie	3,4	3,3	2,2	3,3	2,7
Lebensmittelindustrie	-0,4	3,7	-1,2	4,0	3,8
Gesamte Industrie	3,7	3,9	3,7	4,5	3,4

1) Von den offiziellen - arbeitstäglich bereinigten - auf Ursprungsdaten zurückgerechnet.
Quelle: Statistical indicators of short term economic changes in ECE countries. Economic Commission for Europe, Genf.

kommission der UN (ECE) dargestellt⁷. Diese Statistik reicht gegenwärtig bis einschl. September 1984. In ihrer Abgrenzung folgt sie aber der Betriebssystematik, während die Nettoproduktion laut Planerfüllungsbericht nach Industrieministerien aufgeteilt ist — auch hier also ist die Vergleichbarkeit nur begrenzt gegeben.

In den einzelnen Industriebereichen ist die Zunahme der Nettoproduktion zwei- bis dreimal so hoch wie die der industriellen Warenproduktion. Diese Tatsache hängt mit der Senkung des spezifischen Produktionsverbrauchs zusammen, der für die Industrie auf reichlich 2 vH zu veranschlagt ist. Wie geschildert, können aber auch Preiseffekte eine Rolle gespielt haben. Im einzelnen ist bemerkenswert:

- Außerordentliche Leistungen wurden in der Energie- und Brennstoffindustrie erreicht. Die Förderung von Rohbraunkohle und die Erzeugung von Elektroenergie waren höher als im Plan veranschlagt. Die Umstellung auf heimische Energiequellen dominiert im gesamten Produktionsprozeß.
- Probleme bei der Anpassung an heimische Rohstoffe gibt es in der chemischen Industrie. Die Wachstumsraten in diesem Industriebereich erreichen jetzt nur noch rund 3 vH (Fünfjahrplanziel: 6 vH), und die Investitionen dienen der Umstrukturierung der Kapazitäten auf einen höheren Veredelungsgrad der eingesetzten Rohstoffe. Deshalb können zur Zeit einige Kapazitäten nicht voll genutzt werden.

- Spitzenreiter des Wachstums auch im Jahr 1984 ist der Bereich Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau. Dieser relativ rohstoffunabhängige Bereich zeigt jedoch ein gegenüber dem Plan und den Vorjahren leicht abgeschwächtes Wachstum. Vermutlich ist es die Knappheit an NE-Metallen, die eine stärkere Entwicklung verhindert. Nicht zuletzt deshalb versucht die DDR, die Halbleitertechnik forciert voranzutreiben.
- Die Leichtindustrie wird in jüngster Zeit ständig in ihrer Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung und den Export hervorgehoben. Knappheit an Investitionsmitteln und an Rohstoffen schlagen aber hier deutlich zu Buche und machen nur relativ niedrige Wachstumsraten (3 vH) möglich.
- Enttäuschend waren die Ergebnisse der bezirksgeleiteten Industrie; sie hat ihren Planansatz verfehlt. Impulse durch die Bildung von Kombinat sind bisher weitgehend ausgeblieben.

Insgesamt gab es in der Industrie der DDR auch 1984 beachtliche Rationalisierungserfolge. Allerdings ist das Potential zunehmend ausgeschöpft. Die leicht erreichbaren Einsparungsmöglichkeiten durch Veränderung der Normen und Normative sowie durch straffe Kontingentierung sind inzwischen weitgehend erschlossen worden. Nun müßte eine stärkere Umstrukturierung zu höherwertigen Produkten einsetzen, für die aber das Investitions- und Innovationspotential nicht ausreicht.

Erfolgsmeldungen dominieren in den übrigen Sparten des produzierenden Bereichs. In der Bauwirtschaft lag die Produktionssteigerung mit 2,5 vH etwas über den Planzahlen. Der spezifische Verbrauch von Walzstahl (– 9,5 vH) und Zement (– 6 vH) ist plangemäß gesenkt worden. Der Zuwachs der Bauproduktion wurde mit konstantem Materialeinsatz erreicht. Dies lag in erster Linie an der weiteren Veränderung der Struktur der Bauproduktion in Richtung auf Modernisierung und Rekonstruktion. Auch beim Neubau gilt die Senkung des Bauaufwands als oberstes Gebot. In diesem Zusammenhang darf aber ein Zielkonflikt nicht übersehen werden. Die Reduzierung des Materialaufwands beim Bau um jeden Preis kann langfristig zu erheblichen Erhöhungen des Verbrauchs von Heizenergie führen⁸.

Eine beachtliche Übererfüllung konnte im Wohnungsbau erreicht werden, auch hier im Bereich der Modernisierungen. Insgesamt wurden 207 000 Wohnungen fertiggestellt, darunter 121 700 im Neubau. Die Modernisierung hat inzwischen einen Anteil von 41 vH, gegenüber 38 vH im Vorjahr. Die hohe Übererfüllung bei der Modernisierung, aber auch beim Neubau ist umso bemerkens-

⁷ Vgl. Statistical indicators of short term economic changes in ECE countries, Genf.

⁸ Vgl. Gerhard Huber, Bärbel Laschke: Energieverbrauch in der Konsumtion unter den Bedingungen der erweiterten Reproduktion. In: Wirtschaftswissenschaft. Heft 32/1984, S. 1152 ff.

werter, als die Bedingungen für das Bauen jetzt komplizierter sind als früher: In immer stärkerem Umfang wird in bestehenden Stadtzentren gebaut. Sanierungen und Schließung von Baulücken erfordern höheren Aufwand als ein großflächiger Wohnungsneubau.

Im Verkehrswesen gilt nach wie vor die Strategie, den Aufwand im Güterverkehr zu senken, und zwar durch Verlagerung auf die energie-ökonomisch günstigeren Verkehrsträger Schiene und Binnenschifffahrt. Die Erfolgsmeldungen sind beachtlich. Der Transportaufwand je Produkteinheit verringerte sich um 4,6 vH. Der Anteil der Eisenbahn und der Binnenschifffahrt am Binnenverkehr stieg auf 81 vH (1983: 79 vH). Große Leistungen wurden bei der weiteren Elektrifizierung der Eisenbahn erreicht. Rund 250 km Eisenbahnstrecke wurden elektrifiziert. Seit 1981 sind es 640 km; im Planjahr 1985 sind weitere 300 km vorgesehen. Das Ziel des Fünfjahresplans (700 bis 750 km = Zunahme der elektrifizierten Strecken um mehr als 40 vH!) ist inzwischen auf mehr als 800 km erhöht worden; auch dies dürfte noch übertroffen werden. Diese Aufgabe absorbiert allerdings etwa die Hälfte der für den gesamten Verkehrsbereich zur Verfügung stehenden Investitionsmittel und beansprucht in hohem Umfang die metallverarbeitende Industrie, die Elektroenergieanlagen, Signal- und Sicherungstechnik sowie Elektrolokomotiven herstellen muß.

In der Landwirtschaft waren die Ergebnisse 1984 außerordentlich günstig. Bei Getreide wurde — vorwiegend witterungsbedingt — mit einem durchschnittlichen Hektarertrag von 45 Dezitonnen (dt) und einer Ernte von 11,5 Mill. t ein Rekordergebnis erzielt; auch bei allen übrigen Arten der Pflanzenproduktion waren die Erträge überdurchschnittlich. Nur bei Obst blieben die Ergebnisse hinter den Erwartungen zurück. Die gesamte Pflanzenproduktion ist um 14 vH gestiegen. Dieses Spitzenergebnis muß allerdings relativiert werden. Seit dem bisherigen Rekord von 1974 hat die Pflanzenproduktion stagniert.

Die Marktproduktion tierischer Produkte hat 1984 um rund 7 vH zugenommen. Erhöht haben sich auch die Tierbestände, so daß das Ergebnis in der Tierproduktion noch besser gewesen ist, als es im staatlichen Aufkommen zum Ausdruck kommt. Im Planerfüllungsbericht werden verbesserte Aufzuchtresultate, geringere Verluste und ein rationellerer Futtereinsatz hervorgehoben. Die Erfolge in der Landwirtschaft dürften nicht zuletzt auf die neuen Formen der „territorialen Produktionsorganisation“ und die bessere Zusammenarbeit zwischen Pflanzen- und Tierproduktion zurückzuführen sein. Der Planerfüllungsbericht verweist allerdings auch auf die Agrarpreisreform.

Wie dem Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK der SED zu entnehmen ist, sollen den Kooperationsräten in Zukunft wirtschaftsleitende Funktionen übertragen werden. Dabei sollen gemeinsame Fonds für Inve-

stitutionen, zur Stimulierung und für Rücklagen gebildet werden. Daß eine engere Zusammenarbeit von Pflanzen- und Tierproduktion über Kooperationsräte sinnvoll ist, steht außer Frage. Wenn die Aufwertung der Kooperationsräte allerdings mit einer stärkeren Konzentration der Produktionsmittel einherginge, wäre dies nach den bisherigen Erfahrungen mit einer übertriebenen Spezialisierung und Konzentration sicher problematisch.

Verwendung des Nationaleinkommens

Seit Beginn der achtziger Jahre war die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR durch überdurchschnittlich steigende Exporte und eine Verringerung des Importwachstums gekennzeichnet. Das produzierte Nationaleinkommen erhöhte sich von 1980 bis 1983 um knapp 13 vH; das im Inland — für Verbrauch und Investitionen — verwendete Nationaleinkommen ging dagegen leicht zurück. Der Realtransfer in das Ausland konzentrierte sich im wesentlichen auf die westlichen Industrieländer, weil die DDR hier innerhalb kurzer Zeit ihre Verschuldung abbauen mußte.

Der Rückgang bei der inländischen Verwendung betraf beide Komponenten der Verwendungsseite, den Verbrauch und die Investitionen (einschließlich Lagerbildung). Die „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung“, die „Hauptaufgabe“ seit Beginn der Honecker-Ära, blieb nicht unangetastet. Entgegen den offiziellen Bekundungen ist die Verbesserung der Versorgung, die in den siebziger Jahren ganz deutlich gewesen ist, nicht fortgesetzt worden. Die Zunahme der Einzelhandelsumsätze insbesondere an Industriewaren ging ständig zurück; ein wachsender Teil der Produktion von industriellen Konsumgütern wurde für den Export gebraucht.

Von der Wirtschaftsführung wurde aber immer darauf hingewiesen, daß zwischen der Versorgung der Bevölkerung und dem wirtschaftlichen Wachstum ein enger wechselseitiger Zusammenhang über die Wirkungskette „Wirtschaftswachstum — bessere Bedürfnisbefriedigung — Entwicklung der Motivation und der Leistungsbereitschaft der Werktätigen — höhere Effektivität der Produktion — Wirtschaftswachstum“ gegeben ist. So wurde die Knappheit beim inländischen Angebot an Konsumgütern vermutlich nur durch die sehr ungünstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen erzwungen.

Es ist deshalb konsequent, daß nach einer gewissen Konsolidierung im Außenhandel die Versorgung der Bevölkerung wieder normalisiert worden ist. 1984 belief sich die Steigerung der Nettogeldeinnahmen auf 3,9 vH; die Umsätze im Einzelhandel erhöhten sich um 4,1 vH, darunter bei Nahrungs- und Genußmitteln um 3,2 vH und bei industriellen Konsumgütern um 5,0 vH. Die Stagnation in den beiden vorangegangenen Jahren ist überwunden; auch die Sortimente sind reichhaltiger geworden.

Der Einzelhandelsumsatz ist — wie die Nettogeldeinnahmen — eine nominale Größe. Die Höhe der darin enthaltenen Preissteigerungen ist unbekannt. Die Preise für den Grundbedarf sind nach offizieller Lesart seit Jahren konstant; die Preise für höherwertige Güter dagegen sollen den gestiegenen Kosten angepaßt werden und Steuern sowie Gewinne abwerfen. Auch im Statistischen Jahrbuch der DDR werden seit 1979 — als diese neue Richtung in der Verbraucherpreispolitik verkündet wurde — Preissteigerungen bei Lederwaren, Textilien, Bekleidung und sonstigen Industriewaren, nachgewiesen. Die tatsächlichen Preissteigerungen durch Einführung neuer und teurerer Produkte und durch Sortimentsverschiebungen gehen sicherlich über diese statistisch registrierten Preiserhöhungen hinaus. Teure Waren sind inzwischen auch in den normalen Geschäften zu finden, vornehmlich in den Spezialgeschäften Exquisit und Delikat, von denen es 300 bzw. 550 Verkaufsstellen gibt (1982)⁹. Die reale Verbesserung im Jahr 1984 ist somit geringer zu veranschlagen, als es in der Erhöhung des Einzelhandelsumsatzes zum Ausdruck kommt.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Politik der Wirtschaftsführung darauf gerichtet war, die Knappheit im Inland in erster Linie zu Lasten der Investitionstätigkeit zu mildern. Schon im Fünfjahrplan, der noch von besseren Voraussetzungen für diese fünf Jahre ausgegangen war, war ein leichter Rückgang der Investitionen vorgesehen. Die erschwerten Bedingungen — weniger Erdöl aus der Sowjetunion, weniger Steinkohle aus Polen, Notwendigkeit des raschen Abbaus der Verschuldung gegenüber dem Westen — haben die Investitionstätigkeit und die gesamtwirtschaftliche Lagerbildung zusätzlich betroffen. Die Investitionssumme von 1981 ist seitdem nicht mehr erreicht worden. Der im Planerfüllungsbericht für 1984 genannte Betrag für Investitionen in Höhe von 56 Mrd. M zu laufenden Preisen bedeutet real wohl einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr von rund 5 vH. Problematisch ist außerdem, daß sich die Investitionstätigkeit immer stärker auf die Grundstoff- und Produktionsmittelindustrie richtet, zur Sicherung der einheimischen Energie- und Rohstoffbasis sowie zur Umstellung auf heimische Rohstoffvorkommen. Damit sind im übrigen auch zunehmende Umweltbelastungen verbunden, für deren Reduzierung noch keine nennenswerten Investitionsmittel bereitgestellt werden konnten. Auch in vielen anderen Bereichen dürfte sich schon ein Investitionsstau von beachtlichem Ausmaß gebildet haben. Der „Eigenbau von Rationalisierungsmitteln“, der mit hohen Zuwachsraten glänzt, ist in der Mehrzahl der Fälle sicherlich nur ein Notbehelf.

Die Knappheit an Investitionsmitteln soll vornehmlich durch bessere Ausnutzung des Vorhandenen gemildert werden. Dazu zählen eine höhere Kontinuität im Produktionsablauf und eine höhere Schichtauslastung. Die zeitliche Auslastung der Produktionsanlagen erhöhte sich 1984 auf 16,2 Stunden (1983: 15,6 Stunden); nach den

Vorstellungen der Planer hätte sie noch stärker — auf 16,9 Stunden — gesteigert werden sollen.

Außerdem versucht man, mit Mitteln der indirekten Steuerung das ökonomische Interesse der Betriebe an den älteren Anlagen und an ihrer Modernisierung zu erhöhen. Bezogen auf den Wert des Anlagevermögens ist eine Produktionsfondsabgabe von grundsätzlich 6 vH an den Staat abzuführen. Kürzlich wurde beschlossen¹⁰, daß die Produktionsfondsabgabe vom Nettowert des Anlagevermögens (Anschaffungswert ÷ Abschreibungen) erhoben wird. Damit werden die älteren Anlagen niedriger als früher belastet. Außerdem wurde festgelegt, daß — im Zusammenhang mit der Berechnung der Produktionsfondsabgabe — Generalreparaturen den Nettowert der Anlage nicht erhöhen. Auf diese Weise sollen die Modernisierungen gefördert und Neuinvestitionen relativ verteuert werden. Alle derartigen Maßnahmen können aber die wachsende Investitionslücke nicht überdecken.

Aspekte des Außenhandels

Die Angaben über den Außenhandel sind im Planerfüllungsbericht wiederum nur knapp; gleichwohl geben sie ein Bild über die Gesamtentwicklung im Jahr 1984. Gemeldet werden Zahlen über die Entwicklung beim Umsatz (Export + Import), und zwar insgesamt, für den Handel mit sozialistischen Ländern und für die Sowjetunion, aber auch der Saldo in der Warenbilanz (+6,4 Mrd. Valutamark). Daraus ergibt sich, daß der Export der DDR mit 7 vH schwächer gestiegen ist als der Import (10 vH); der Überschuß der Warenbilanz war niedriger als 1983 (8 Mrd. VM). Die DDR-Angaben und die bisher verfügbaren Partnerlandangaben zeigen, daß im Außenhandel der DDR eine neue Phase begonnen hat.

Im Westhandel ist nach den Jahren extremer außenwirtschaftlicher Anspannung inzwischen eine Konsolidierung erreicht. Schon 1982 schloß der Warenhandel mit den westlichen Industrieländern mit einem Überschuß. Diese Entwicklung setzte sich 1983 und 1984 fort. Seitdem hat die DDR ihre Netto-Verschuldung im Westen abgebaut. 1984 wurde der extreme Druck zum Abbau der Verschuldung von einer anderen Entwicklung abgelöst. Wie die — allerdings erst für die ersten sieben Monate vollständig vorliegenden — Partnerlandangaben zeigen, hat die DDR im OECD-Handel (ohne innerdeutschen Handel) ihre Exporte reduziert und die Importe gesteigert. Die höheren Importe haben sicherlich mit zu dem beachtlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen, doch lag es auch im Interesse der westlichen Länder, die Außenhandelsbeziehungen wieder zu normalisie-

⁹ Hansjoachim Hoffmann: Langfristige Entwicklung des Verkaufsstellennetzes. In: Der Handel. Heft 6/1982, S. 27 ff.

¹⁰ Vgl. Presse-Informationen der DDR vom 14. Dezember 1984, S. 2.

Kreditaufnahme der DDR 1984

Zeit	Umfang		Kreditgeber/ Konsortialführer	Kreditnehmer	Laufzeit	Zinssatz
	in Mill. der jeweiligen Währung	Mill. US-\$				
Juni	75 (US-\$)	75	Bankenkonsortium/ First National Bank of Chicago	Deutsche Außen- handelsbank AG		1% über LIBOR
Juli	45 (DM)	16	Bankenkonsortium/ Bank für Kredite und Außenhandel, Zürich	Intrac-Handels- gesellschaft mbH		1% über LIBOR
Juli	950 (DM)	334	25 deutsche Banken/ Deutsche Bank Luxemburg (Bundes- garantie!)	Deutsche Außen- handelsbank AG	5 Jahre (Tilgung in 10 Halbjah- resraten)	1% über LIBOR (1/4 des LIBOR-Auf- schlags an die Bundesregierung als Bürgschaftsprovision)
Oktober	100 (Schwei- zer Frän- ken)	40	Bankenkonsortium/ Bank für Kredite und Außenhandel, Zürich	Intrac-Handels- gesellschaft mbH	4 Jahre (bei zwei tilgungs- freien Jahren)	1% über LIBOR
November	100 (DM)	33	Luxemburger Töchter der Bayerischen Lan- desbank, Bayerischen Vereinsbank und Hypobank/Bayerische Landesbank Inter- national	Deutsche Außen- handelsbank AG	5 Jahre	1% über LIBOR
November	400 (US-\$)	400	38 internationale Banken (25% westdeut- sche Banken)/Deutsche Bank Luxemburg	Deutsche Außen- handelsbank AG	6 Jahre (42 tilgungsfreie Monate)	1% über LIBOR
Insgesamt		898				
Quelle: Pressemeldungen						

ren. Nicht auszuschließen ist allerdings, daß durch die Dollaraufwertung die Ausgaben für die Importe erhöht worden sind. Aus dem Verlauf von Einfuhr und Ausfuhr mit den OECD-Ländern (ohne innerdeutschen Handel) ergibt sich vermutlich für 1984 ein geringes Defizit der DDR. Die Finanzierung dieses Defizits war kein Problem. Handelskredite stehen der DDR ohnehin zur Verfügung; auch auf dem Euromarkt ist sie inzwischen wieder als „guter Schuldner“ eingestuft worden. Aus Pressemeldungen ergibt sich, daß sie im Jahr 1984 aus unterschiedlichen Quellen Kredite in Höhe von insgesamt 900 Mill. US-\$ aufnehmen konnte.

In der Diskussion über die Verschuldung der DDR hat es inzwischen eine Kehrtwendung gegeben. Nachdem lange Zeit die Höhe der Bruttoverschuldung im Brennpunkt des Interesses gestanden hatte, ist es gegenwärtig die Höhe der Guthaben. Sie ist in der Tat auffällig. Nach der Statistik der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich verfügte die DDR von 1979 bis 1982 (jeweils Jahresende) über Guthaben in Höhe von rund 2 Mrd. US-Dollar. Dieser Bestand hat sich 1983 auf 3,4 Mrd. US-Dollar und bis Mitte 1984 auf 4,2 Mrd. US-Dollar erhöht.

Die DDR macht keine Anstalten, damit ihre Bruttoverschuldung abzubauen; die Reservehaltung kostet jedoch Geld, weil die Haben-Zinsen niedriger sind als die Soll-Zinsen. Vielleicht ist die Erklärung „Liquidität geht vor Rentabilität“ angesichts der schwierigen zurückliegenden Probleme nicht unplausibel. Auch ist noch nicht erkennbar, ob die Investitionspolitik im nächsten Fünfjahrplan den Import größerer Projekte aus dem Westen einschließt. Im Westen ist außerdem die Meinung verbreitet, daß die DDR auf Grund verschiedener Transaktionen die in den letzten Jahren zur Behebung der Liquiditätsengpässe — insbesondere im Erdölgeschäft — vorgenommen worden waren, noch hohe ausstehende Verpflichtungen habe. In jedem Fall ist die Diskussion über die Guthaben derzeit ebenso emotionsgeladen wie die abrupte Herabstufung der DDR als Schuldnerland zu Anfang der achtziger Jahre. Wie irrational der Kurs der Banken angesichts der realen ökonomischen Tatbestände bisher auch gewesen ist — für die DDR dürfte allein wichtig sein, daß sie am Euromarkt wieder akzeptiert wird. Die geplanten Summen der Kredite wurden wegen des großen Interesses der Banken fast immer überschritten.

Außenhandel der DDR mit der UdSSR

Jahr	Einfuhr ¹⁾	Ausfuhr ¹⁾	Umsatz	Saldo	Umsatzanteil	
	in Mrd. Valuta-Mark ²⁾				DDR ³⁾	UdSSR ⁴⁾
1971	7,95	8,14	16,09	0,18	38,1	14,6
1972	8,01	9,62	17,62	1,61	37,7	14,5
1973	8,64	9,89	18,53	1,25	34,6	12,7
1974	10,15	9,96	20,10	-0,19	31,4	10,9
1975	14,09	12,45	26,54	-1,64	35,7	11,2
1976	14,91	12,88	27,79	-2,03	32,5	10,5
1977	17,67	14,79	32,46	-2,88	35,4	11,0
1978	18,60	16,31	34,91	-2,29	36,0	10,6
1979	19,66	19,61	39,27	-0,05	36,1	10,5
1980	22,21	20,40	42,61	-1,81	35,5	9,7
1981	25,81	24,08	49,89	-1,73	37,5	9,7
1982	28,58	26,58	55,16	-2,00	38,0	9,9
1983 ⁵⁾	30,87	29,95	60,82	-0,92	37,9	10,2
1984	33,15	33,75	66,90	0,60	38,6	10,2

1) Jeweilige Preise; da seit 1975 die DDR keine Ein- und Ausfuhrzahlen mehr ausweist, sind die Daten von 1975 an unter Zuhilfenahme der Angaben der Außenhandelsstatistiken der UdSSR berechnet worden. - 2) Die Valuta-Mark ist die statistische Recheneinheit zum Ausweis des Außenhandels der DDR; Umrrechnungskurs: 4,67 VM = 1 Transfer-Rubel. - 3) Anteil der UdSSR am Außenhandelsumsatz der DDR. - 4) Anteil der DDR am Außenhandelsumsatz der UdSSR. - 5) Vorläufig.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Außenhandelsjahrbücher der UdSSR; Partnerlandangaben von OECD- und RGW-Ländern.

Eine andere Entwicklung als im OECD-Handel gab es 1984 im innerdeutschen Handel. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen sind die Bezüge der Bundesrepublik um 12 vH gestiegen; die Lieferungen dagegen sind um 8 vH zurückgegangen. Der Rückgang der Lieferungen ist zum Teil durch die Sonderbewegungen im Eisen- und Stahlbereich geprägt, die 1983 zu verzeichnen waren. Insgesamt schließt der innerdeutsche Handel (Warenhandel) 1984 mit einem erheblichen Überschuß der DDR von rund 1,3 Mrd. VE bzw. DM. Der kumulierte Passivsaldo der DDR, in den außer dem Warenhandel noch die Dienstleistungen und andere Positionen eingehen, ist bis zur Jahresmitte auf 3,5 Mrd. DM zurückgegangen (Ende 1983: 4,1 Mrd. DM); in der zweiten Jahreshälfte dürfte er sich nochmals um 0,5 Mrd. DM vermindert haben.

Eine neue Entwicklung ist im Handel mit der Sowjetunion eingetreten. Erstmals seit der Verteuerung der sowjetischen Rohstoffe hat die DDR einen Exportüberschuß gegenüber der UdSSR erzielt. Als einziges RGW-Land konnte sie damit der von Ministerpräsident Tichonov auf der 37. Ratstagung des RGW in Berlin (Ost) im Oktober 1983 aufgestellten Forderung entsprechen, die sowjetischen Rohstofflieferungen durch Warenexporte zu bezahlen. Von 1975 bis 1983 war der Handel der DDR mit der Sowjetunion stets defizitär. Das kumulierte Defizit belief sich in dieser Zeit — nach der sowjetischen Statistik — auf 15,3 Mrd. VM.

Der positive Saldo von 1984 (0,6 Mrd. VM) war das Ergebnis hoher Exportsteigerungen (13 vH) bei geringerer Importerhöhung (7 vH). Damit ist dieser Handel überproportional gestiegen; 1984 wickelte die DDR fast 40 vH ihres Außenhandels allein mit der Sowjetunion ab. Mitte

der siebziger Jahre entfiel erst ein Drittel des DDR-Außenhandels auf dieses Land.

Die Warenstruktur des Handels DDR – UdSSR ist bei Einfuhr und Ausfuhr sehr unterschiedlich. Man kann ihn als Austausch von Maschinen gegen Rohstoffe kennzeichnen: Beide Gruppen haben einen Anteil von fast 70 vH an den jeweiligen Warenströmen. Bei der Einfuhr hat sich die Quote der Rohstoffe seit Beginn der siebziger Jahre fast verdoppelt. Die DDR bezieht aus der Sowjetunion vor allem Energierohstoffe sowie Eisen- und Stahlerzeugnisse. Allein auf Energierohstoffe entfallen gegenwärtig rund 55 vH der DDR-Einfuhr aus der Sowjetunion (1973: 14 vH).

Die Steigerung bei der Einfuhr im letzten Jahrzehnt war überwiegend das Ergebnis von Preiserhöhungen. Soweit die Statistik über die mengenmäßige Entwicklung Auskunft gibt, zeigt sich, daß in dieser Zeit bei der Einfuhr aus der UdSSR keine reale Steigerung mehr stattgefunden hat. Bei den meisten Warengruppen innerhalb und außerhalb des Rohstoffbereichs gab es real einen Rückgang.

Bei der Ausfuhr in die UdSSR konnte die DDR zwar auch Preissteigerungen durchsetzen, sie blieben aber hinter denen bei der Einfuhr zurück, so daß sich die Terms of Trade der DDR in der betrachteten Zeit verschlechterten. Trotz mengenmäßiger Ausweitung der Ausfuhren konnte ein Defizit im Warenhandel nicht verhindert werden. Bei ihren Bemühungen zur Exportsteigerung konzentrierte sich die DDR in erster Linie auf Maschinen. Der schon zu Beginn der siebziger Jahre recht hohe Anteil (62 vH) stieg auf 67 vH. Bei einigen Warengruppen ist die Sowjetunion schon seit längerem der größte Abnehmer der DDR-Exportindustrie mit einem Anteil am Export von 50 vH und mehr: bei Fischereifahrzeugen zuweilen sogar 100 vH, bei Maschinen und Ausrüstungen für die Kunststoffverarbeitung fast 80 vH.

Mit dem Überschuß in der Warenbilanz 1984 ist nur der erste Schritt zur Konsolidierung getan. Um die in den vorangegangenen Jahren aufgelaufenen Defizite auszugleichen, müssen auch künftig Überschüsse erwirtschaftet werden. Zwar wird die Sowjetunion nicht so kurzfristig und so rigoros wie die westlichen Länder auf Rückzahlung der Kredite drängen; dennoch werden die nächsten Jahre im Zeichen hoher Exporte in die Sowjetunion stehen müssen. Hierbei handelt es sich nicht nur um ein quantitatives Problem. Die Sowjetunion fordert für die Lieferung ihrer international wettbewerbsfähigen Rohstoffe auch entsprechende Fertigerzeugnisse. Sie kann also nicht mehr, wie früher, als ausgesprochen „leichter Markt“ angesehen werden.

Die Planung für 1985

Der Volkswirtschaftsplan für 1985 steht wieder völlig im Zeichen der „Intensivierung“. Es wird eine stabile dyna-

mische Entwicklung bei sinkendem Produktionsverbrauch, besserer Nutzung des Vorhandenen und zunehmender Veredelung gefordert. Der Plan setzt für das Wachstum 1985 folgende Ziele (Zunahme gegenüber 1984 in vH):

- produziertes Nationaleinkommen: 4,4 vH,
- industrielle Warenproduktion: 3,8 vH, darunter im Bereich der Industrieministerien: 4,3 vH,
- Einzelhandelsumsatz: 4 vH,
- Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung: 4 vH,
- Außenhandelsumsatz: 8 vH.

Immer noch steht der Außenhandel an erster Stelle in der Wachstumsskala. Die Steigerung von 8 vH beim Umsatz ist erfahrungsgemäß eine nominale Angabe. Auch preisbereinigt dürfte die Zunahme hier aber größer sein als die des produzierten Nationaleinkommens. Vermutlich sind es die Exporte, für die eine überproportionale Steigerung angesetzt worden ist.

Nettogeldeinnahmen und Einzelhandelsumsatz sind ebenfalls nominale Größen. Zwar sind die Preise für den „Grundbedarf“ konstant; im Zuge von Verschiebungen in der Verbrauchsstruktur in Richtung auf höherwertige Erzeugnisse, auch verbunden mit Sortimentsänderungen und der Einführung neuer Produkte, muß aber insgesamt mit Preissteigerungen gerechnet werden. Nach wie vor wird also der private Verbrauch real schwächer zunehmen als die Produktion.

Mit der Zunahme des produzierten Nationaleinkommens von reichlich 4 vH dürfte das neue mittelfristige

Wachstumsziel für die DDR-Wirtschaft abgesteckt sein. Nicht aus dem Volkswirtschaftsplan erkennbar sind die mittelfristigen Strukturvorstellungen für die Weiterentwicklung der DDR-Wirtschaft. Das Politbüro hat jedoch für die Ausarbeitung des Fünfjahrplans bereits grundlegende Beschlüsse gefaßt. Dies wurde im Bericht an die 9. Tagung des ZK der SED bekanntgemacht; einige Grundzüge der geplanten Entwicklung sind dabei schon deutlich geworden. Offenbar steht weiter im Mittelpunkt aller Planung, die Roh- und Werkstoffbasis der Volkswirtschaft zu sichern:

- Die einheimische Braunkohle soll noch mehr als Energieträger und als Rohstoff genutzt werden,
- Rohbraunkohle soll verstärkt als Rohstoff für die chemische Industrie verwendet werden,
- ein weiterer Schwerpunkt ist die Metallurgie, die konsequent modernisiert werden soll.

Damit wird wieder ein wesentlicher Teil der knappen Investitionsmittel im Rohstoff- und Grundstoffbereich sowie für die Umstellung auf heimische Energieträger gebunden. Der Plan nennt für die gesamten Investitionen einen Betrag von 56 Mrd. M, ohne jede Erläuterung über die Preisbasis. Offenbar will man in den Bereichen außerhalb der Grundstoffe den Weg der „Intensivierung“, der Modernisierung und des „Eigenbaus von Rationalisierungsmitteln“ fortsetzen. Diese Strategie ist angesichts des Wettbewerbs auf den Weltmärkten und der wachsenden Qualitätsanforderungen der Sowjetunion sicher problematisch.

Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen

Messen und Ausstellungen beeinflussen heute in zunehmendem Maße wichtige Phasen absatz- und beschaffungspolitischer Entscheidungen in allen Wirtschaftsbereichen. Anerkannt als Marktinstitution und wirtschaftlicher Kristallisationspunkt, erfüllen Messen darüber hinaus auch wichtige Aufgaben als Branchentreffpunkt, Informationsbörse und wirtschaftspolitisches Forum.

Trotz dieser für die gesamte Volkswirtschaft zentralen Funktion ist das Messewesen — anders als Industrie, Handel, Verkehr und öffentlicher Dienst — einer intensiven wissenschaftlichen Erörterung bislang weitgehend entzogen geblieben¹. Im Rahmem einer Untersuchung, die von der AMK Berlin Ausstellungs-Messe-Kongress-GmbH gefördert worden ist, hat nun das DIW einen Überblick über die Entwicklung des deutschen Messe- und Ausstellungswesens in den vergangenen Jahren sowie über die künftig zu erwartenden Entwicklungslinien in diesem Wirtschaftsbereich gegeben². Die Analyse ist breit angelegt und bietet Ansätze für weiterführende und vertiefende Untersuchungen. In einem ersten Teil wurden dabei alle bereits verfügbaren Daten über einzelne Messen und Ausstellungen und die sie veranstaltenden Gesellschaften zusammengeführt. Im zweiten, mehr wertenden Teil wurden auf der Basis dieser Daten — vertieft und ergänzt in Expertengesprächen — die wichtigsten Trends herausgearbeitet.

Veranstaltungsdatei des DIW

Die wichtigsten Kennziffern für die quantitative Entwicklung von Messen und Ausstellungen sind die Zahl der Besucher, der Aussteller und die vermieteten

Flächen. Dazu wurden vom DIW Informationen gesammelt und EDV-mäßig aufbereitet. Damit steht eine Datei zur Verfügung, die Kennziffern für jede Veranstaltung seit 1960 zeigt; etwa seit dieser Zeit liegen hinreichend genaue Daten vor. Außerdem bietet die Datei die Möglichkeit, Daten nach den unterschiedlichsten Merkmalen zu aggregieren, wie Branchenzugehörigkeit, Turnus und Internationalität. Derzeit gibt es Informationen über 377 regionale und überregionale Messen und Ausstellungen.

Daten zur Entwicklung des Messewesens
in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Veranstaltungen	Aussteller in Personen	Besucher in 1000 Personen	Vermietete Standfläche in 1000 qm
1960	49	38 419	5 549	1 321
1961	47	37 832	5 472	1 381
1962	51	41 415	5 456	1 618
1963	50	42 449	5 533	1 635
1964	58	47 866	5 290	1 933
1965	57	47 234	5 501	1 860
1966	59	48 756	5 098	2 019
1967	56	50 858	5 601	2 184
1968	67	54 147	5 621	2 230
1969	67	52 719	6 311	2 377
1970	80	59 019	6 412	2 573
1971	81	57 650	5 574	2 732
1972	88	60 270	6 172	2 835
1973	89	62 600	6 768	3 207
1974	97	61 855	5 836	2 950
1975	89	62 323	6 590	3 023
1976	93	64 578	6 583	3 102
1977	86	69 833	7 612	3 524
1978	100	70 779	7 079	3 393
1979	92	73 920	8 039	3 606
1980	107	79 191	7 448	3 831
1981	95	79 239	7 574	3 776
1982	114	84 391	7 569	3 998

Quellen: Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (AUMA), Gesellschaft zur freiwilligen Kontrolle von Messe- und Ausstellungszahlen (FKM), DIW.

Messegesellschaften

Ein Blick auf die derzeitige „Messelandschaft“ zeigt ein äußerst heterogenes Bild. Nicht nur in allen deutschen Großstädten, sondern auch in Mittelstädten und in Kleinstädten werden Messen und Ausstellungen durchgeführt:

¹ Das DIW hat sich in Gutachten mit Spezialthemen aus diesem Komplex beschäftigt: Anlässlich der Übersee-Importmesse „Partner des Fortschritts“ werden stets die Importe der EG und der Bundesrepublik Deutschland aus Übersee, insbesondere aus Entwicklungsländern, untersucht. Vgl. Einfuhr von Industrieprodukten aus Übersee unter besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas. Bearb.: Uta Möbius. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 36/1984. Zur internationalen Tourismusbörse in Berlin sind über viele Jahre hinweg Analysen zur Entwicklung des Tourismus veröffentlicht worden: Internationaler Tourismus verharrt auf hohem Niveau. Bearb.: Rüdiger von Torklus. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 10/1983. Analysiert wurden auch die Beschäftigungseffekte in Berlin, die aus den Ausgaben der auswärtigen Ausstellungs- und Messebesucher resultieren: Uwe Müller: Wirkungen des Kaufkraftzuflusses als Folge von Kongressen, Messen und Ausstellungen auf Produktion und Beschäftigung in Berlin (West). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Nr. 3-4/1980, sowie Wochenbericht des DIW. Nr. 46/1980.

² Die Untersuchung erscheint in Kürze in der Reihe der Sonderhefte des DIW.

Messen und Ausstellungen nach Messeplätzen

Jahr	1960	1965	1970	1975	1980	1981	1982
Messeplatz							
Ehemalige GDG	36	38	54	61	69	64	74
Düsseldorf	8	10	13	16	16	13	17
Frankfurt	9	8	8	9	13	11	12
Hannover	3	1	5	6	8	7	9
Köln	8	12	13	17	16	15	18
München	5	4	12	10	13	15	15
Spiel-/Lederwaren	3	3	3	3	3	3	3
IDFA	13	18	26	24	35	29	36
Berlin (West)	4	3	8	7	8	9	9
Dortmund	—	1	—	1	1	2	1
Essen	1	2	3	3	5	4	5
Friedrichshafen	—	1	1	2	1	1	1
Hamburg	3	4	6	3	4	2	4
Karlsruhe	1	1	1	2	2	2	2
Nürnberg	—	—	—	2	6	5	6
Pirmasens	—	—	2	1	2	2	2
Saarbrücken	1	1	1	2	1	1	1
Stuttgart	3	5	4	3	5	1	5
GDG und IDFA	49	56	80	87	104	93	110
Sonstige ¹⁾	—	1	—	2	3	2	4
Insgesamt	49	57	80	89	107	95	114

1) Sindelfingen, Ulm, Wiesbaden.
 Quellen: Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (AUMA), Gesellschaft für freiwilligen Kontrolle von Messe- und Ausstellungszahlen (FKM), DIW.

- Zur inzwischen aufgelösten Gemeinschaft Deutscher Großmessen (GDG) gehörten die Messegesellschaften der Städte Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Köln und München; assoziiert waren die Lederwarenmesse in Offenbach und die Spielwarenmesse in Nürnberg.
- Die Interessengemeinschaft Deutscher Fachmessen und Ausstellungsstädte (IDFA) umfaßt derzeit die Messegesellschaften der Städte Berlin (West), Dortmund, Essen, Friedrichshafen, Hamburg, Karlsruhe, Nürnberg, Pirmasens, Saarbrücken und Stuttgart.
- Im Fachverband Messen und Ausstellungen (FAMA) sind sowohl kommunale Hallengesellschaften organisiert als auch private Gesellschaften, die ohne öffentliche Beteiligung regionale, aber auch überregionale Veranstaltungen an unterschiedlichen Messeplätzen veranstalten.

Beschäftigte

Amtliche Statistiken zur Beschäftigungsentwicklung bei den Messegesellschaften liegen nicht vor. Aus der Zusammenführung aller verfügbaren unternehmensspezifischen Daten ergibt sich, daß 1983 etwa 3 500 Personen dort tätig waren. Knapp die Hälfte davon arbeitet bei den Gesellschaften der ehemaligen GDG: rund 1 700 Arbeitskräfte. Die Gesellschaf-

Messe- und Ausstellungsplätze in der Bundesrepublik Deutschland



ten, die in der IDFA zusammengeschlossen sind, beschäftigen mehr als ein Drittel, also gut 1 300 Personen. Im FAMA-Bereich schließlich arbeiten rund 450 Personen, davon etwa 250 bei privaten Durchführungsgesellschaften und 200 bei kommunalen Hallengesellschaften kleinerer Orte.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang allerdings zweierlei. Einmal sind solche Arbeitskräfte nicht erfaßt, die von den Messegesellschaften saisonal, also anläßlich von Veranstaltungen, eingestellt werden: Hostessen, Reinigungspersonal u.ä. Hilfspersonal. Ihre Zahl schwankt gemäß dem jeweiligen Bedarf und läßt sich ohne verlässliche Angaben der Gesellschaften nicht schätzen. Zum anderen sind von manchen Messegesellschaften externe Unternehmen mit dem Unterhalt von Hallen und Flächen beauftragt. Die Messegesellschaften beschränken sich auf Organisation und Durchführung; der Beschäftigtenbedarf ist somit gering.

In den Dienstleistungsbereichen, die für den Unternehmenssektor tätig sind, arbeiten bundesweit etwa 600 000 Personen. Der Anteil der Personen, die bei den Messegesellschaften beschäftigt sind, beträgt al-

Beschäftigte deutscher Messegesellschaften
in Personen

Messe- gesellschaft	Jahr	1970	1982
Ehem. GDG		1280	1725
Düsseldorf		280	410
Frankfurt		150	200
Hannover		400	420
Köln		300	370
München		140	310
Lederwaren		5	5
Spielwaren		5	10
IDFA		810	1325
Berlin (West)		370	590
Dortmund		70	100
Essen		40	80
Friedrichshafen		20	30
Hamburg		180	290
Karlsruhe		20	50
Nürnberg		5	40
Pirmasens		5	5
Saarbrücken		20	30
Stuttgart		80	110
GDG und IDFA		2090	3050
FAMA		200	450
Priv. Gesellsch.		100	250
Kommunale Hallen		100	200
Insgesamt		2290	3500

Verfügbare Hallen-Bruttoflächen
in der Bundesrepublik Deutschland
in 1000 m²

Messeplatz	Jahr	1930	1950	1960	1970	1980	1982
Ehem. GDG		115	295	542	924	1119	1171
Düsseldorf		10	54	56	65	138	138
Frankfurt		50	39	112	137	205	227
Hannover		—	120	230	493	464	472
Köln		35	50	95	147	212	212
München		20	28	37	70	83	105
Offenbach		—	4	12	12	17	17
IDFA		75	100	197	373	436	449
Berlin (West)		50	36	52	90	90	90
Dortmund		—	21	21	26	24	27
Essen		25	8	16	43	55	60
Friedrichshafen		—	7	12	24	41	41
Hamburg		—	8	18	52	52	56
Karlsruhe		—	—	6	13	14	14
Nürnberg		—	3	17	42	75	75
Pirmasens		—	5	5	17	23	23
Saarbrücken		—	8	24	24	24	24
Stuttgart		—	4	26	42	38	39
GDG + IDFA		190	395	739	1297	1555	1620
Sonstige						430	453
Insgesamt						1985	2083

Quellen: Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (AUMA), Gesellschaft zur freiwilligen Kontrolle von Messe- und Ausstellungszahlen (FKM), Interessengemeinschaft deutscher Fachmessen und Ausstellungsstädten (IDFA), Angaben von Gesellschaften.

so gerade 0,6 vH und liegt noch erheblich unter dem Anteil der Wirtschaftswerbung (6 vH). Damit spielt zwar die Messebranche unter dem Aspekt direkter Beschäftigung eine eher untergeordnete Rolle; hervorzuheben sind indes indirekte Wirkungen im Hinblick auf Produktion und Beschäftigung auf der Einkäufer- wie auf der Ausstellerseite. Diese Wirkungen lassen sich ohne genauere Untersuchungen ebenso wenig quantifizieren wie die indirekten Effekte für die Region, die aus den Ausgaben auswärtiger Besucher von Messen und Ausstellungen erwachsen. Beide Größen dürften jedoch — wie Berechnungen über Kaufkraftzuflüsse und ihre Effekte für Berlin veranschaulichen — erheblich sein.

Ausstellungsflächen

Für die Bundesrepublik Deutschland ist das Flächenpotential derzeit auf gut 2 Mill. qm zu veranschlagen. Hinter dieser Größenordnung verbergen sich allerdings die unterschiedlichsten Quantitäten und Qualitäten: Hannover beispielsweise stellt eine Hallenfläche von annähernd 500 000 qm mit entsprechender Infrastruktur zur Verfügung, Trier hingegen gut 20 000 qm, ganz überwiegend Leichtbauhallen.

Das Flächenangebot ist im Zuge des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Expansion in den fünfziger und sechziger Jahren ausgeweitet worden: Be-

trug das Flächenpotential für den GDG- und IDFA-Bereich — allein hier liegen verlässliche Informationen für diese Zeit vor — 1950 lediglich 0,4 Mill. qm, so nahm es bis 1960 bereits auf gut 0,7 Mill. qm zu und erreichte 1970 1,3 Mill. qm. In den siebziger Jahren war dann der Anstieg zwar verhaltener, gleichwohl mit gut einer Viertel Mill. qm noch immer beachtlich. Getragen wurde diese Entwicklung sowohl von den GDG als auch von den IDFA-Gesellschaften, wenngleich die Expansion im IDFA-Kreis deutlich stärker war.

Das Messewesen als Wirtschaftsfaktor

Das Messewesen hat für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland große Bedeutung; mit seiner Marktfunktion nimmt es eine Schlüsselstellung ein.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind einmal binnenwirtschaftliche Aspekte hervorzuheben: Messen und Ausstellungen verstärken den regionalen Marktausgleich und die Markttransparenz; sie eröffnen insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen zusätzliche Marktzugangschancen und Absatzpotentiale. Das Messewesen dient mithin ordnungspolitisch der Intensivierung des Wettbewerbs, seine Funktion als Stimmungsbarometer und Indikator der volkswirt-

schaftlichen oder branchenspezifischen Konjunktur ist unbestritten.

Diese Veranstaltungen verbessern zum anderen die Möglichkeiten der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Ausländischen Waren und Diensten wird der deutsche Markt erschlossen — für einige Entwicklungs- und Schwellenländer eine bedeutende Möglichkeit, sich mit ihrer Güterpalette darzustellen und Nachfrage zu induzieren. Mit zunehmender Internationalisierung des Binnenmarktes hat sich auch die Funktion des Messewesens als Instrument der Exportförderung gefestigt. Die Darstellung der Leistungskraft der deutschen Wirtschaft mit Zielrichtung auf ausländische Märkte war insbesondere in der Nachkriegszeit eine dominante Funktion (Hannover-Messe), hat aber seit Mitte der siebziger Jahre mit dem Ausbau der ausländischen Messeplätze an Bedeutung verloren. Große Leistungsschauen der Industrie werden heute verstärkt im Ausland durchgeführt.

Betriebswirtschaftlich ist das Messewesen ein wichtiges Instrument für die Ordertätigkeit. Auch unter ‚sozialem‘ Aspekt gewinnt es mehr an Zugkraft: Information, Kommunikation, Werbung, Produkterlebnis und persönliche Kontaktmöglichkeiten machen Messen und Ausstellungen zu einem Medium, das in seiner Intensität und Vielfalt von anderen Medien nicht erreicht wird.

Marktwirtschaftliche Aspekte

Im Verlauf der letzten dreißig Jahre haben sich für einzelne Branchen und Wirtschaftszweige Messe-schwerpunkte gebildet, die von den Messengesellschaften in enger Zusammenarbeit von Verbänden und Beiräten ständig fortentwickelt wurden und der technologischen sowie der marktmäßigen Entwicklung weitgehend Rechnung tragen. So gibt es für nahezu alle messefähigen Themen Veranstaltungen, die überregionale, ganz überwiegend sogar auch internationale Bedeutung auszeichnet. Damit sind die Märkte weitgehend abgesteckt.

Allerdings zeigt sich ein ausgeprägtes Konkurrenzverhalten zwischen den Gesellschaften. Dazu gehören Versuche der Abwerbung von Veranstaltungen zur besseren Auslastung eigener Kapazitäten, wobei die Qualität der Infrastruktur, Know-how und Fähigkeiten zwar eine Rolle spielen, persönliche Verbindungen — das Messewesen ist noch immer sehr stark personifiziert — teilweise aber als entscheidend angesehen werden.

Die permanente und ausgeprägte Konkurrenz deutet darauf hin, daß es derzeit eher zu viele Messeplätze gibt, das Angebot an Fazilitäten die Nachfrage übertrifft. Dies erklärt auch die mangelnde Kooperation zwischen den Gesellschaften.

Im Rahmen eines rein marktwirtschaftlich organisierten Messewesens könnten sich solche Disparitäten nicht lange halten, weil eine Auslese stattfände. Die Realität sieht allerdings völlig anders aus. Das Messegeschehen ist unzweifelhaft ein wichtiges Stimulans für die regionale Wirtschaft, sie wird von der öffentlichen Hand als Wirtschaftsförderungsinstrument begriffen. Dies hat offene oder versteckte Subventionen zur Folge.

Wie bei allen systemwidrigen Eingriffen eröffnet sich auch hier die Gefahr einer Spirale ohne Ende. Die Notwendigkeit zur Verbesserung der materiellen Infrastruktur war und ist unbestritten. Gleichwohl besteht die Möglichkeit eines gegenseitigen Hochschaukelns von Investitionsmaßnahmen, sei es nun im Neubau oder in der Modernisierung von Messeeinrichtungen. Der Fehler dabei ist: Wo im marktwirtschaftlichen Prozeß Rentabilität und zumutbare Preise Grenzen setzen würden, verhindern in der Realität zum Teil komplizierte Finanzierungstransaktionen durch die öffentliche Hand das Erkennen ökonomischer Warnsignale.

Vor diesem Hintergrund sollten marktwirtschaftliche Prozesse stärker zum Tragen kommen, Investitionsvorhaben intensiv unter dem Gesichtspunkt der Kostenbelastung für den Staat geprüft werden. Wie in allen subventionierten Bereichen bleiben allerdings auch hier erhebliche Zweifel, ob Änderungen eintreten.

Ausblick

Messen und Ausstellungen werden auch in Zukunft Wegbereiter neuer technologischer und wissenschaftlicher Entwicklungen sein, weil sie eine ideale Basis für den Informationsaustausch bieten. Diese Entwicklungen beeinflussen nicht nur die industriellen Fertigungen, sondern ganz entscheidend auch den Dienstleistungsbereich. Einmal erwachsen hier völlig neue Serviceleistungen für Wirtschaft und Bevölkerung, zum anderen sind gerade auch bei Diensten einschneidende Wirkungen mit der Einführung neuer Technologien zu erwarten. Letztlich induziert der technische Fortschritt auch bei den privaten Haushalten Bedürfnisse, die heute noch gar nicht absehbar sind.

Der soziale Aspekt von Messen und Ausstellungen wird auch dadurch betont, daß die Produktpräsentation an Dominanz verliert, der Mediencharakter hingegen immer mehr in den Vordergrund rückt. Dies erfordert eine Anpassung der Infrastruktur an gehobene Ansprüche, einen verstärkten Einsatz neuer Informations- und Kommunikationssysteme sowie die Bereitstellung anspruchsvoller Tagungs- und Gastronomie-fazilitäten. Im Zeitraum von 1980 bis 1984 haben die

Gesellschaften Projekte im Werte von 1,5 Mrd. DM in Betrieb genommen, wobei das Schwergewicht in der Modernisierung und weniger in der Erweiterung lag. Expandieren werden insbesondere solche Messeplätze, die gleichermaßen hochwertige Soft-ware auszeichnet: professionalisiertes Messemanagement mit den Schwerpunkten dispositive Verantwortung, konzeptionelle Vorbereitung sowie permanente Erfolgskontrolle und intensive Nachbereitung.

Dies kann allerdings nur gelingen, wenn die unternehmerische Eigenverantwortung der Messegesellschaften mehr betont wird. In Anbetracht der wirtschaftspolitischen Dimension des Messewesens sollten die Gesellschaften allerdings dem Gemeinwesen gegenüber verpflichtet bleiben. Dies gewährleisten

beispielsweise Aufsichtsgremien, in denen die ausstellende und einkaufende Wirtschaft sowie die Verbraucherverbände vertreten sind.

Aus internationaler Sicht übernehmen Messen in wachsendem Maße Brückenfunktionen im Handel. Zugleich dürften sie sich noch mehr zu Kontaktplätzen für eine weltweite Kooperation entwickeln. Insgesamt wird der internationale Messemarkt vermutlich verhaltener als bisher expandieren, die deutsche Exportwirtschaft sich dabei stärker auf überseeischen Messeplätzen präsentieren müssen. Für die deutschen Messegesellschaften dürfte dies nicht ohne Rückwirkungen auf das Inlandsgeschäft bleiben; zugleich wird sich im Auslandsgeschäft der Konkurrenzdruck ausländischer Gesellschaften verschärfen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verbesserte Versorgung — aber Investitionsrückgang. Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahreswende 1984/85. Bearbeitet von Doris Cornelsen. —
Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen. Bearbeitet von Uwe Müller.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.
Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.

— Hierzu ein Prospekt der Rohwohlt Taschenbuch Verlags GmbH, Reinbek bei Hamburg —